Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1358
29.06.2016

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

99. Sitzung (öffentlich)

29. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan zu den ersten Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung des islamischen Religionsunterrichts *(siehe Anlage zu TOP 1)* **8**

Vorlage 16/3701

- Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan (Universität Duisburg-Essen und Leiter der Stiftung für Türkeistudien und Integrationsforschung) referiert zum Thema des Tagesordnungspunktes 8
- Aussprache 8

2 Die Landesregierung muss ihrer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik gerecht werden und dein Gesamtkonzept für den Schulunterricht von Flüchtlingskindern vorlegen 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9798
Ausschussprotokoll 16/1153

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

Dieser Tagesordnungspunkt wird geschoben.

3 Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen stärken - durch bundesweite - Bildungsstandards, ein Bund-Länder-Sonderprogramm zur Ausstattung der Schulen und eine Qualifizierungsoffensive der Lehrerschaft 19

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10796
Ausschussprotokoll 16/1283

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

– Aussprache 19

Für den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/10796 stimmt die Fraktion der FDP. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktionen von CDU und Piraten enthalten sich. – Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/10796 wird mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich abgelehnt.

4 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

– Aussprache 25

– Ergebnis 26

Für den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12117 stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen gibt es keine. Die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten enthalten sich. Der Gesetzentwurf ist mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis angenommen.

5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung (AO-SF) 28

Vorlage 16/3987

– Ministerin Sylvia Löhrmann (ASW) berichtet 28

– Aussprache 29

Für die Verordnung stimmen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Gegen die Verordnung stimmen die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. – Die Verordnung wird mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich verabschiedet.

6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion 32

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12118

Stellungnahmen werden erwartet

- Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

– Aussprache 32

7 Inklusion qualitativ gestalten - Kinder und Jugendliche mit Sprachbehinderung angemessen unterstützen 33

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12110

Der Ausschuss wird auf Antrag der FDP-Fraktion ein Sachverständigengespräch zum Thema des

Tagesordnungspunktes durchführen. Die Obleuterunde wird die entsprechenden Details klären.

8 Mülheimer Erklärung: Aktuelle Rahmenbedingungen gefährden den Erfolg der Inklusion - Landesregierung muss Fehlentwicklungen endlich entgegensteuern 34

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12108

Der Ausschuss wird auf Antrag der Piratenfraktion zum Thema des Tagesordnungspunktes ein Sachverständigengespräch durchführen. Dieses Sachverständigengespräch wird – wie bereits vereinbart – am 07.09.2016 von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr stattfinden. – Die Einladung zu diesem Sachverständigengespräch wird heute verschickt.

9 Die Weiterbildung - insbesondere die Familienbildung - in Nordrhein-Westfalen stärken und besser fördern! 35

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12124

Für den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/12124 stimmt die CDU-Fraktion. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP-Fraktion und Piratenfraktion enthalten sich. Der Antrag ist mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich abgelehnt.

10 Schülerinnen und Schüler vor Werbung an Schulen bewahren - Schulsponsoring verantwortungsvoll gestalten 38

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12103

– Aussprache 38

11 Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 29. April 2016 zum Nachteilausgleich für Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsschwächen 39

Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet

– Beratung wird geschoben 39

12 Verschiedenes 40

– Anfrage der Abgeordneten Yvonne Gebauer (FDP) 40

* * *

4 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer fasst den bisherigen Beratungsverlauf zusammen und weist auf die schriftlich zur Verfügung stehenden Beratungsmaterialien hin. Ziel der heutigen Sitzung sei es, ein Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss zu formulieren.

Petra Vogt (CDU) weist auf noch nicht beantwortete Fragen im Haushalts- und Finanzausschuss hin. Sie spreche sich dafür aus, heute „ohne Votum zu schieben“.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer erwidert, sämtliche Fragen aus dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung seien beantwortet worden.

Sigrid Beer (GRÜNE) spricht sich dafür aus, die Fragen im Haushalts- und Finanzausschuss erneut beantworten zu lassen. Sie halte es für nicht sachangemessen, dass sich der Fachausschuss nicht dazu verhalten solle, dass zusätzliche Investitionen in Bildung vorgenommen würden. Sie plädiere durchaus für ein Votum des hiesigen Ausschusses.

Renate Hendricks (SPD erinnert daran, dass es ausweislich der einschlägigen Anhörung Nachsteuerungsbedarf zum Beispiel über entsprechende Nachträge zum Thema „Flüchtlinge“ gebe. Eben diese Nachsteuerung werde derzeit geleistet.

Petra Vogt (CDU) stellt klar, sie habe lediglich die Bitte der Kollegen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgetragen, die gerne die Antworten aus dem Fachausschuss hätten, um über die entsprechenden Themen diskutieren zu können.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer erinnert daran, dass Fragen des Haushalts- und Finanzausschusses auch in dessen Sitzung beantwortet würden. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung könne sein Votum aufgrund der eigenen Beratungen formulieren.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) legt dar, ihr Haus habe die Fragen, die aus dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung gestellt worden seien, beantwortet. Die Fragen der Abgeordneten Vogt orientierten insofern nicht auf den Schulbereich, sondern auf andere Belange. Zwar habe sich die Landesregierung nicht in die Angelegenheiten des Ausschusses einzumischen; da ihr, Löhrmann, und sicherlich vielen anderen die schulische Bildung aber am Herzen liege, wolle sie dennoch den Wunsch äußern, dass dieser Haushalt in der nächsten Woche verabschiedet werde, damit die Stellen, die dort verankert seien, zum 1. August besetzt werden könnten. Immerhin würden in anderen Bundesländern sogar schon Pensionäre angeschrieben, ob sie wieder in den Schuldienst eingestellt werden wollten.

Bei den DaZ/DaF-Stellen verzeichne man inzwischen eine Besetzungsquote von 97,1 %.

Monika Pieper (PIRATEN) begrüßt namens ihrer Fraktion, dass es 529 Stellen – davon 300 Stellen für Sonderpädagogik – geben werde. Stünden zusätzlich Referendare zur Verfügung, die eben diese 529 Stellen besetzen könnten? Da ihre Fraktion nicht wolle, dass möglicherweise nach den Sommerferien keine Lehrer an die Schule kommen könnten, Planungssicherheit aber extrem wichtig sei, werde sich ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Sigrid Beer (GRÜNE) teilt mit, dass die plenare Tagesordnung für die nächste Woche für den Nachtragshaushalt in zweiter und dritter Lesung einen direkten Beschluss vorsehe. Damit sei Planungssicherheit für die Schulen gewährleistet.

Yvonne Gebauer (FDP) möchte wissen, ob es sich bei den besagten 300 Stellen um eine von zusätzlichen Schülerinnen und Schülern unabhängige Größe handle. Oder gehe es um „Qualität on top“ bzw. zusätzliche Schülerinnen und Schüler im Zuge der Zuwanderung?

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) geht auf den Wortbeitrag wie folgt ein:

> Die zusätzlichen Stellen, die wir mit den vorigen Nachträgen und mit dem Haushalt beschlossen haben, haben den Grundbedarf berücksichtigt. Das waren die 2 x 1.725 Stellen. Darüber hinaus haben wir die DaZ/DaF-Stellen um 1.200 angehoben und zusätzliche Mittel für den Ganztag beschlossen. Wir haben außerdem multiprofessionelle Teams beschlossen und so weiter und so fort.
>
> Das Stellenbudget ist ja ein Budget, das Bedarfe der Inklusion abdeckt und vorher gedeckelt und an die demografische Entwicklung angepasst war. Wir haben schon eine Anpassung des Stellenbudgets im Haushaltsansatz, der bereits eine Steigerung aufgrund der Demografie vorgenommen hat. Das ist also eine Ausweitung des Stellenbudgets. Mit diesem Schritt tragen wir zum einen dem Umstand Rechnung, dass unter den Geflüchteten, die hier beschult werden und die quantitativ im Grundbedarf enthalten sind, auch solche sein mögen, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Aber das trägt auch dem Umstand Rechnung, dass wir durch die

Schrittigkeit des Prozesses zeitweilig länger angelegte Doppelstrukturen aufrechterhalten. Anders als Sie es häufig formulieren, sind die Förderschulen nicht von heute auf morgen alle weg. Und wir forcieren den Abbau der Förderschulen auch nicht. Da wir – um einmal diesen Begriff zu wählen – eine stärkere „Etikettierung“ haben, zeigt sich, dass dieser Prozess im Grunde langsamer verläuft, als wir das bei Verabschiedung des Gesetzes angelegt haben. Darauf reagiert die Regierung, um das Stellenbudget zu stärken. Insofern ist es ein Plus. Alle Stellen, die da drinstehen, sind zusätzliche Stellen, aber keine, die irgendwie ausscheidende Lehrer ersetzen. Das passiert sowieso in der Stellenplanentwicklung. Es sind zusätzliche Lehrerstellen, die zusätzlich besetzt werden können.

Allerdings, so **Monika Pieper (PIRATEN),** erfahre sie aus Schulen, dass dort zwar Stellen vorhanden seien, aber kein Personal zur Verfügung stehe. Deshalb wolle sie wissen, ob die zur Verfügung stehenden 529 Stellen nach den Sommerferien tatsächlich besetzt werden könnten.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) erläutert, Schulen bekämen Stellen zugewiesen, die sie in eigener Verantwortung besetzten. Es passiere mitunter, dass die, die eine Stelle zur Verfügung stellen könnten, oder die, die eine Stelle nachsuchten, nicht das für sie Richtige vorfänden. In solchen Fällen warteten Schulen zum Beispiel auf den nächsten Referendarjahrgang. Bei der Gelegenheit verweise sie auf die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Regina van Dinther. Der Antwort sei ganz konkret zu entnehmen, in welchen Schulämtern welche Stellen besetzt worden seien. Die Landesregierung werde zum Schuljahresbeginn wie jedes Jahr die aktuelle Besetzungssituation vorlegen.

Für den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12117 stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen gibt es keine. Die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten enthalten sich. Der Gesetzentwurf ist mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis angenommen.